

Bericht

des Ausschusses für Unterricht, Kunst und Kultur

über den Beschluss des Nationalrates vom 12. Juni 2013 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Hochschulgesetz 2005, das Universitätsgesetz 2002 und das Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz geändert werden (Bundesrahmengesetz zur Einführung einer neuen Ausbildung für Pädagoginnen und Pädagogen)

Mit dem vorliegenden Beschluss des Nationalrates wird eine der Bologna-Struktur entsprechende, in Kooperation zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten durchgeführte Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen auf tertiärem Niveau durch Verankerung der neuen Studienstrukturen (Bachelorstudien, Masterstudien) im Hochschulgesetz 2005 umgesetzt.

Das umfasst die Verankerung von Masterlehrgängen im öffentlich-rechtlichen Bildungsauftrag im Hochschulgesetz 2005, die Verankerung von Ergänzungsstudien für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, die Verankerung des Lehramtes für Neue Mittelschulen im Hochschulgesetz 2005 für die Übergangsphase bis zum Inkrafttreten der Bestimmungen zur Pädagoginnen- und Pädagogenbildung NEU, die Abänderung der Zulassungsvoraussetzungen im Hochschulgesetz 2005, Neugestaltung der Studieneingangs- und Orientierungsphase und den Entfall der Abschnittsgliederung und der Nachfrist.

Damit wird die Lehramts-Studienarchitektur neu konzipiert, was insbesondere mit der Einführung von Masterlehrgängen im öffentlich-rechtlichen Bildungsauftrag, der Einführung von Ergänzungsstudien für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger mit anderen facheinschlägigen Studien, der Gestaltung der Studieneingangsphase als echter Orientierungsphase und der Verankerung des Lehramts für neue Mittelschulen zum Ausdruck gebracht wird.

Der Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur hat den gegenständlichen Beschluss des Nationalrates in seiner Sitzung am 25. Juni 2013 in Verhandlung genommen.

Berichterstatlerin im Ausschuss war Bundesrätin Elisabeth **Grimling**.

Gemäß § 30 Abs. 2 GO-BR wurde beschlossen, Bundesrat Efgani **Dönmez**, PMM mit beratender Stimme an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen.

An der Debatte beteiligten sich die Bundesräte Efgani **Dönmez**, PMM, Monika **Mühlwerth**, Günther **Köberl**, Mag. Christian **Jachs**, Elisabeth **Reich** und Mag. Susanne **Kurz**.

Zur Berichterstatlerin für das Plenum wurde Bundesrätin Elisabeth **Grimling** gewählt.

Der Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur stellt nach Beratung der Vorlage am 25. Juni 2013 mit Stimmenmehrheit den **Antrag**, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Wien, 2013 06 25

Elisabeth Grimling

Berichterstatlerin

Monika Mühlwerth

Vorsitzende